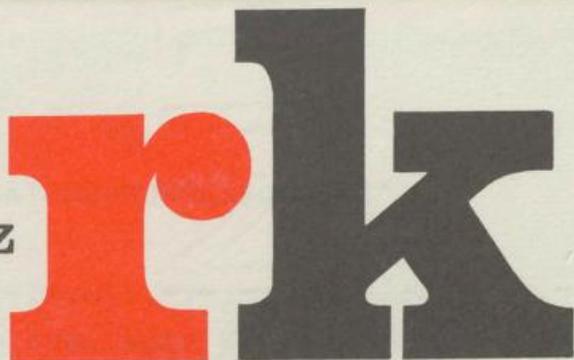


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 12. Jänner 1981

Blatt 54

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(violett)

U-Bahn heizt Gemeindebau

Kommunal:  
(rosa)

Jugendamtenquête über Heimerziehung  
Neuer ärztlicher Leiter im Preyerschen Kinderspital  
Stadterneuerungskampagne in St. Pölten eröffnet

Kultur:  
(gelb)

Künstler malen und zeichnen in den Betrieben

Sport:  
(grün)

ÖVP zu Fragen des Wr. Sports

Nur  
über FS:

- 9.1. Volkswandertag abgesagt  
AKPE-Stellungnahme zur Pressekonferenz Steinbauer  
Eröffnung Donauinsel-Loipe mußte abgesagt werden  
Zimmerbrand: Fünfjähriger gerettet  
Alte Donau: Eisläufer eingebrochen
- 10.1. Leopoldstadt: Aufzug abgestürzt - Vier Verletzte  
Clochard übernachtete im Koloniakübel  
Feuer im U-Bahn-Tunnel auf der Reichsbrücke
- 11.1. Ab morgen neue Kurzparkgebühren  
Mariahilf: Wohn- und Geschäftshausbrand  
Feuer in U-Bahn-Tunnel - Polizei faßte Täter  
Gedenkerze setzte Wohnung in Brand  
Natureislaufplatz in Simmering
- 12.1. Mit Zigarette eingeschlafen - Zimmerbrand  
100jährige in Hietzing  
Bürgermeister-Pressegespräch am Dienstag

.....  
Bereits am 11. Jänner 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

U-Bahn heizt Gemeindebau (1)

=++++

1 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Für die Mieter der neuen Wohnhausanlage auf den "Scala-Gründen" - Ecke Paulanergasse-Favoritenstraße wird die U-Bahn nicht nur das nächstgelegene attraktivste Verkehrsmittel, sondern gleichzeitig Warmwasserlieferant für die Zentralheizung. Über die Idee, die im U-Bahn-Tunnel enthaltene Wärmemenge wirtschaftlich zu nutzen, liegt nun auf Initiative von Wohnen-Stadtrat Johann HATZL eine genaue Untersuchung vor. #

Das Projekt, das die MA 32 - zuständig für Maschinenteknik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft - erarbeitet und überprüft, ist plausibel: Im U-Bahn-Tunnel entsteht durch die fahrenden Züge, durch die Bremsenergie, durch die Beleuchtung und durch die Fahrgäste Hitze. Die durchschnittliche Tunneltemperatur liegt im Sommer bei 19,5 Grad und im Winter bei 17 Grad. Die überschüssige Wärme, die derzeit über die Entlüftung ins Freie entweicht, soll nun durch eine Wärmepumpe zur Beheizung der städtischen Wohnhausanlage im 4. Bezirk genützt werden. Die Einsparung an Öl würde pro Jahr 25,2 Tonnen oder umgerechnet auf die derzeitigen Ölpreise etwa 114.000 Schilling pro Jahr betragen.

Als Pilotenprojekt wurden die 123 Wohnungen auf den Scalagründen deshalb gewählt, weil sie in der Nähe des Lüftungsbauwerkes der U 1 liegen.

Nach den Berechnungen der MA 32 beträgt die Gesamtwärmeleistung zwischen zwei U-Bahnstationen je nach Streckenlänge 220 - 250 KW, wovon etwa die Hälfte dieser Wärmeleistung für das neue Heizsystem verwendet werden kann. Eine zweistufige Wärmepumpe mit einer Leistung von 45 - 50 KW würde die Beheizung und warmes Wasser sicherstellen. (Forts.) ba/bs

.....  
Bereits am 11. Jänner 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

#### U-Bahn heizt Gemeindebau (2)

=++++

2 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Anschaffung dieser neuen Anlage ist zwar teurer als eine herkömmliche Warmwasserbereitungsanlage mit Fernheizungsanschluß, würde sich jedoch in fünf Jahren bereits amortisiert haben. Außer der Einsparung des immer teurer werdenden Öls hat sie noch den Vorteil, daß die Umwelt weit weniger belastet wird, da keine Rauchgase entstehen. Die Ausnützung der Wärmeenergie in den U-Bahn-Tunnels wird für Wohnhausanlagen jedoch auch in Zukunft nur in beschränktem Maße - nur in der unmittelbaren Nähe von Lüftungsbauwerken - durchführbar sein. Eine weitere Möglichkeit der Energieeinsparung wäre die Ausnützung der Tunnelwärme für die Beheizung der U-Bahn-Stationen und der Betriebsräume. (Schluß)  
ba/gg

## Jugendamt-Enquete über Heimerziehung (1)

Utl.: Fröhlich-Sandner: Erstmals mehr Pflegekinder als Heimkinder

=++++

4 #Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Aktuelle Probleme der Heimerziehung stehen im Mittelpunkt einer Enquete, die das Jugendamt der Stadt Wien am 12. und 13. Jänner durchführt. Zweck der Enquete ist es, eine Standortbestimmung der Heimerziehung vorzunehmen, moderne Entwicklungstendenzen aufzuzeigen und die Zielsetzungen für die 80er Jahre zu bestimmen. Dies teilte Vizebürgermeisterin und Familienstadträtin Getrude FRÖHLICH-SANDNER am Montag in einem Pressegespräch mit.

"In dieser zweiten Heimenenquete des Jugendamtes, deren wissenschaftliche Leitung Univ.Prof.Dr. SPIEL übernommen hat, sollen die Weichen für die nächsten zehn Jahre gestellt werden", sagte Fröhlich-Sandner. Die erste Enquete dieser Art, die vor genau zehn Jahren durchgeführt wurde, hat ihre Aufgabe erfüllt. Die Reform der Heimerziehung, die damals erarbeitet wurde, ist heute größtenteils verwirklicht. #

Der größte Erfolg: Kinder- und Jugendheime sind keine "Endstation" mehr, sondern bieten Hilfen an, um Kinder und Jugendliche wieder in die Familie, in einen Beruf und in die Gesellschaft zurückzuführen. Die Zahl der Kinder in den Heimen konnte vor allem durch den Ausbau der ambulanten Dienste gesenkt werden. Erstmals in der Geschichte der Stadt Wien gibt es mehr Pflegekinder als Heimkinder, stellte die Vizebürgermeisterin fest. Der Ausbau der ambulanten Förderungseinrichtungen hat es ermöglicht, die Zahl der in den Heimen untergebrachten Kinder seit 1970 auf rund 45 Prozent zu senken. Derzeit sind rund 2.200 Kinder in Heimen untergebracht, wobei mit einem jährlichen Wechsel von 900 Kindern zu rechnen ist. Bei längeren Unterbringungen werden die Kinder wenn möglich in Pflegefamilien aufgenommen. (Forts.) ba/bs

## Jugendamtenuete über Heimerziehung (2)

Utl.: Fröhlich-Sandner: Erstmals mehr Pflegekinder als Heimkinder  
=++++

5 Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Weitere Reformen die in den letzten zehn Jahren verwirklicht wurden:

- o geschlossene Heime gehören der Vergangenheit an. Ein Prozeß zur weitgehenden Öffnung der Heime wurde eingeleitet. In der Stadt des Kindes stehen zum Beispiel die Freizeitanlagen auch der Bevölkerung offen. Die Beziehungen mit der Außenwelt wurden verstärkt (Besuch öffentlicher Schulen, Freizeitgestaltung außerhalb des Heimes, Taschengeld, Einbeziehung der Eltern).
- o Alle Kinder werden in den Heimen der Stadt Wien in familienähnlichen Kleingruppen mit fünf bis zwölf Kindern in einer Gruppe betreut. Es gibt keine Schlafsäle mehr, die Kinder schlafen in Einzel- bis Vier-Bett-Zimmern.
- o Der Schwerpunkt liegt auf Kleinheimen. Während 1970 noch 14 Heime einen Belag von über 100 Kindern aufwiesen, sind dies heute nur noch drei Heime, die jedoch durch das Pavillonsystem aufgelockert sind. Großheime werden nicht mehr gebaut.
- o Der Personalwechsel bei den Erziehern wurde wesentlich verringert, sodaß den Kindern konstante Bezugspersonen erhalten bleiben.
- o Für Jugendliche wurden Übergangslösungen geschaffen, indem sie von Heim aus betreut werden, aber in eigenen Wohnungen wohnen.

Die Enquete 1981 soll der Weiterentwicklung der Heime wieder wertvolle Anregungen und Impulse geben. (Forts. mögl.) ba/sr

## Jugendamtenuquete über Heimerziehung (3)

=++++

7 Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Als Ziele für die nächsten Jahre der Heimerziehung kündigte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eine noch stärkere Öffnung der Heime zur Außenwelt hin an. Auch das Personal soll noch besser ausgebildet werden. Bereits im Kindergarten sollen eine etwaige Gefährdung oder künftige Krisen erkannt werden. Auch der Nachbetreuung kommt eine stärkere Bedeutung zu. Während in Wien etwa 2.200 Kinder und Jugendliche in Heimen betreut werden, sind es in Berlin über 6.000, sagte Fröhlich-Sandner.

Man dürfe nicht nur über die Jugend sprechen, sondern müsse vor allem mit der Jugend sprechen, stellte Univ.-Prof. Dr. Leopold ROSENMAYR fest. In seinem Referat mit dem Titel "Jugend außerhalb der Gesellschaft" behandelte er das Dilemma jener Jugendlichen, deren Schicksal sich zwischen Ausschließung aus der beziehungsweise Integration in die Gesellschaft entscheidet. Als ausländischer Gast referierte Univ.-Prof. Dr. Heinrich TUGGENER, aus Zürich, über die Rolle der Heimerziehung im Gesamtsystem der Jugendhilfe. Eine quantitative Rückbildung der Heimerziehung müsse gleichzeitig zur Aufwertung und zur qualitativen Weiterentwicklung der Heime führen. (Schluß) ba/gg

## Neuer ärztlicher Leiter im Preyer'schen Kinderspital

=++++

8 #Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Im Preyer'schen Kinderspital wurde Montag Univ.-Doz.Dr.Walter STÖGMANN von Gesundheitsstadtrat Univ. Prof.Dr. Alois STACHER als neuer ärztlicher Leiter und Vorstand der Internen Abteilung in sein Amt eingeführt.#

Univ.Doiz. Stögmann tritt damit die Nachfolge von Univ.Prof.Dr. Walter SWOBODA an, der Ende vergangenen Jahres in den Ruhestand trat. Univ.Prof.Dr. Swoboda, der seit 1963 die ärztliche Leitung des Preyer'schen Kinderspitals innehatte, zählte zu den über die Grenzen Österreichs hinaus bekannten und geschätzten Forschern der Wiener medizinischen Schulen. In Anerkennung seiner umfangreichen wissenschaftlichen Tätigkeit wurde ihm das österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse und das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen. Er ist Gründer und Mitglied der österreichischen Gesellschaft für Kinderheilkunde und Leiter des Ludwig Boltzmann-Institutes für pädiatrische Endokrinologie.

Univ.Doiz. Stögmann war bisher Vorstand der Internen Abteilung im Mautner Markhof'schen Kinderspitals, die er seit Februar 1977 leitete. (Schluß) zi/bs

### "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Utl.: Ausstellung im Rathaus

=++++

9 Wien, 12.1. (RK-KULTUR) "Z"-Generaldirektor Vak eröffnete am Montag, dem 12. Jänner in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Ausstellung, die die Ergebnisse der zweiten Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" zeigt.

Die Aktion, die vom Kulturamt der Stadt Wien und der Zentralsparkasse durchgeführt wurde, soll einerseits die Distanz zwischen Künstlerinnen und Künstlern und der Arbeitswelt abbauen, andererseits den arbeitenden Menschen den Zugang zur bildenden Kunst erleichtern. Nachdem sich 1979 an der ersten Aktion dieser Art zwölf Künstler beteiligt hatten, waren es bei der zweiten 40 Künstler, die in zwölf Betrieben arbeiteten. Rund 200 Exponate zeigen nun die Eindrücke, die die Künstler dabei gewonnen haben.

Die Ausstellung ist bis 24. Jänner täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen. (Schluß) gab/sr

## ÖVP zu Fragen des Wiener Sports

=++++

10 Wien, 12.1. (RK-SPORT) Zu Fragen des Wiener Sports nahm Montag, ÖVP-Gemeinderat Josef ARTHOLD Stellung. Neben der Kritik am Sportstättenkonzept befaßte er sich mit dem im Budget veranschlagten Renovierungskosten für das Wiener Stadion. Arthold erachtete es als sinnvoll, den Bund dazu zu bewegen, diese Kosten ganz zu übernehmen oder sich daran zumindest zu beteiligen. Wie Arthold weiter ausführte, besitze der Fußballsport in der Wiener Sportförderung ohnehin ein Übergewicht, und nach dem Auszug von Meister Austria in das Horr-Stadion würden im Wiener Stadion ausschließlich Repräsentivkämpfe in Szene gehen.

Gemeinderat Arthold sprach dann weiters von einem Problem des Horr-Stadions, deren Renovierungsarbeiten abgeschlossen sein müßten. Der Wiener Fußball-Verband, der von der Gemeinde Wien mit der Renovierung beauftragt wurde, ist, so Arthold, anscheinend nicht in der Lage bis zum vereinbarten Termin die geplanten Arbeiten abzuschließen.

Die Wiener Volkspartei brachte außerdem, wie Arthold fortsetzte, im Jänner 1977 einen konkreten Antrag betreffend des Baues eines Eisstadion in Favoriten ein, das mit Standort Laaer Berg-Bad wesentlich besser hätte genützt werden können. Nach seiner Meinung ist der weitere Finanzierungsplan des nunmehr auf dem Nothnagelplatz in Favoriten in Bau befindliche Eisschnellaufstadion noch nicht geklärt. (Schluß) hof/sr

Stadterneuerungskampagne in St. Pölten eröffnet (1)

=++++

11 #St. Pölten, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Mit Referaten von Staatssekretär Univ.-Prof. DDR. Adolf NUSSBAUMER und des Direktors des Instituts für Stadtforschung, Architekt Georg CONDITT, wurde Montag in St. Pölten die europäische Kampagne für Stadterneuerung (Motto: Städte zum Leben) in Österreich offiziell eröffnet. Zweck dieser Veranstaltung ist es, einen Überblick über die in Österreich auf dem Gebiet der Stadterneuerung bereits ergriffenen beziehungsweise in Aussicht genommenen Maßnahmen und besonderen Problemstellungen zu geben. #

Der Bürgermeister der gastgebenden Stadt, Bundesrat Hans SCHICKELGRUBER, verwies darauf, daß auch in den mittleren und kleinen Städten in der Vergangenheit vielfach Sünden wider den Geist begangen wurden. Nun müssen statt Kritik konstruktive Alternativen angeboten werden. Nach dem Krieg habe man sich primär dem Wiederaufbau widmen müssen, ein riesiger Nachholbedarf bei zerstörten Wohnungen und Betrieben mußte aufgeholt werden. Die Erhaltung historisch wertvoller Bauten verlange eine sinnvolle Nutzung und eine echte Revitalisierung.

Grußworte sprachen auch Direktor Niels BORCH-JACOBSEN als Vertreter des Generalsekretärs des Europarats und der stellvertretende Vorsitzende des nationalen Organisationskomitees des Europarates, Reint VAN DER LAAN. (Forts.) and/gg

## Stadterneuerungskampagne in St. Pölten eröffnet (2)

=++++

12 St. Pölten, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Staatssekretär Prof. Dr. NUSSBAUMER vertrat die Ansicht, der Stadterneuerung müsse ein ähnliches Gewicht beigemessen werden wie der Entwicklung des ländlichen Raumes. Die Sanierung des gründerzeitlichen Haus- und Wohnungsbestandes sei besonders schwierig, weil die Städte nicht mehr wie vor hundert Jahren die Wirtschaftskraft des Landes konzentrieren. Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen verlassen die dichtbebauten Gebiete, Arbeitsplätze werden in Stadtrandbereiche verlagert. Schwierigkeiten entstehen auch durch die rapide Zunahme der Zweitwohnungen. Stadterneuerung sei nicht primär die Aufgabe von Privaten, sondern der Stadtplanung.

Das vom Europarat gewählte Motto "Städte zum Leben" weist auf das Grundthema der Kampagne hin: Verbesserung der Lebensqualität. Fünf Schwerpunktbereiche sind darunter zusammengefaßt:

- Verbesserung der Umweltqualität (Maßnahmen gegen Lärm und Luftverschmutzung, Schaffung und Ausbau von Erholungsräumen)
- Modernisierung oder Funktionsäderung der städtischen Bausubstanz (hier ergeben sich jedoch vor allem finanzielle Schwierigkeiten)
- Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und damit auch Attraktivitätssteigerung der Ballungsräume
- Mitsprache der Bürger bei der Stadterneuerung (Bürgerinitiativen sollen miteinbezogen werden)
- kritische Bewertung der gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen bei der Betrachtung der Rolle und Funktion der Gemeinden im Stadterneuerungsprozeß.

Ziel der Kampagne sei es, den Gedanken der notwendigen Neugestaltung der Städte stärker ins Bewußtsein aller Beteiligten zu rücken. Die Kampagne solle keine neuen Theorien und Prinzipien entwickeln, sondern bei möglichst vielen Menschen ein besseres Verständnis für die Probleme wecken, schloß Nussbaumer. (Forts.)  
and/bs

Stadterneuerungskampagne in St. Pölten eröffnet (3)

=++++

13 St. Pölten, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Architekt CONDITT unterstrich, daß es notwendig sei, die Städte umfassend zu erneuern und zwar sowohl hinsichtlich des Baubestandes als auch im Hinblick auf städtebauliche Verbesserungen (Verkehrswege, Bebauungsdichte, räumliche Verteilung der verschiedenen Nutzungen usw.). Stadterneuerung dürfe jedoch nicht bei den Wohnungen halt machen, sie müsse auch die Betriebe einbeziehen, die rund ein Drittel des Städtebaubestandes ausmachen und, so Conditt, Leistungen erbringen, von denen auch alle Stadterneuerungsmaßnahmen abhängen.

Die "Randwanderung" von Bewohnern in Stadterweiterungsgebiete dürfe nicht als negativ angesehen werden, sie sei in fast allen Fällen eine Voraussetzung für eine umfassende Stadterneuerung. Er verlangte, daß erhaltenswerte Bauwerke instandgesetzt, nicht erhaltenswerte jedoch abgebrochen werden müssen. Es sei nicht zielführend, Grünflächen im Bebauungsplan auszuweisen. Vielmehr müsse die Stadt freiwerdende Grünflächen aufkaufen und zu Grünflächen ausgestalten. Für die Sanierung der Substandardwohnungen müßten in Österreich 90 bis 150 Milliarden S aufgebracht werden.

Hinsichtlich der Finanzierung schlug Conditt vor, daß alle Aufwendungen, die ausschließlich einem einzelnen Wohnungs- oder Betriebsinhaber zugute kommen, von diesem selbst getragen werden. Nur bei sozialer Bedürftigkeit seien öffentliche Mittel gerechtfertigt. Steuermittel seien für städtebauliche Verbesserungen zu investieren. Schließlich vertrat der Institutsleiter die Ansicht, Stadtplanung könne nicht eine Summe der Wünsche von Bürgerinitiativen sein. Die Verwaltung müsse sich jedoch mit ihnen ernsthaft auseinandersetzen. Die Verantwortung für eine geordnete Entwicklung der Stadt tragen aber die gewählten Vertreter der Bevölkerung. (Forts.) and/bs

Stadterneuerungskampagne in St. Pölten eröffnet (4)

=++++

15 St. Pölten 12.1. (RK-KOMMUNAL) In der anschließenden Diskussion äußerte der Wiener Gemeinderat Dr. Peter MAYR die Auffassung, die Gemeinden seien bei den Lösungen des Problems der Stadterneuerung überfordert. Die Regierung müsse sagen, in welcher Weise sie den Gemeinden helfen wolle. Von den in Wien notwendigen Mitteln von rund 150 Milliarden stehen, so Mayr, nur acht Milliarden zur Verfügung, die Aufgabe sei also ohne staatliche Hilfe nicht zu bewältigen. Es sei auch notwendig, die Privatinitiative zu mobilisieren. Hier sei allerdings bisher zu wenig geschehen, und Gemeinderat Mayr schlug daher vor, das marktwirtschaftliche System, das in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert werde, auch in Österreich auf dem Wohnungssektor einzuführen.

In seinem Schlußwort erläuterte Staatssekretär Nußbaumer, daß viele kleine Schritte im Rahmen eines langfristigen Programmes notwendig seien. Eine Änderung des Finanzausgleiches wegen des Sonderproblems der Stadterneuerung schloß der Staatssekretär aus, andernfalls müßte eine solche Änderung auch bei allen anderen Sonderproblemen Platz greifen. Zum Vorschlag des marktwirtschaftlichen Systems bei Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland bemerkte Nußbaumer, daß dort bald 30 Prozent der Einkommen für das Wohnen ausgegeben werden müssen.

Zwtl.: Das Nationalkomitee

Das Präsidium des österreichischen Nationalkomitees, als leitendes Organ, setzt sich aus Vertretern der Bundesregierung (Staatssekretäre Dr. Beatrix EYPELTAUER und Univ.-Prof. DDr. Adolf NUSSBAUMER), der Bundesländer (Landesrat Johann WINETZHAMMER, Oberösterreich, und Amtsführenden Stadtrat o. Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER), des österreichischen Städtebundes (Amtsführender Stadtrat Johann HATZL und Bürgermeister Hans SCHICKELBRUBER, St. Pölten) und des österreichischen Gemeindebundes (Präsident Ferdinand REITER) zusammen. (Schluß) and/sr